Feminismus und Eugenik im historischen Kontext

Die im deutschen Kaiserreich um die Jahrhundertwende geführte Debatte über Bevölkerungspolitik und Eugenik wurde hauptsächlich von männlichen Eliten politischer, kirchlicher und wissenschaftlicher Provenienz – getragen. Innerhalb dieses Diskurses hatten Frauen jenen Status, den Virginia Woolf ihnen attestiert hat: den »des meist erörterten Tieres dieser Welt« – Objekt von Spekulation, Kritik, Ermahnung und Zwang. Das über die Frauen verhängte Schweigegebot war bei vielen Sprechern mit der Behauptung verbunden, die neuesten Versuche der Frauen, sich durch politische, berufliche oder überhaupt schöpferische Aktivität Ausdruck zu verschaffen, hätten über Deutschland den doppelten Fluch einer sinkenden Geburtenrate und eines bevorstehenden Niedergangs der Rasse gebracht. »Die Menschheit, unsere Rasse, unsere Kulturvölker brauchen einen so zahlreich wie möglichen Nachwuchs von den tüchtigen, begabten Frauen, darum muß der Feminismus, dessen Tendenzen hiermit streiten, verurteilt werden«, stellte ein oft zitierter Artikel fest. Aber die Feministinnen nahmen diese Verurteilung nicht passiv hin; sie versuchten in den Diskurs einzutreten und ihn entsprechend ihren Bedürfnissen, Werten und Bedenken umzustrukturieren.¹

Der wohl kohärenteste Versuch, der Eugenikbewegung eine weibliche Stimme hinzuzufügen, war der einer Gruppe deutscher Radikal-Feministinnen – unter ihnen vor allem Helene Stöcker, Henriette Fürth, Adele Schreiber und Lily Braun. Alle diese Frauen, und auch die meisten anderen, die ich erwähnen werde, gehörten für eine kurze Zeit dem von Helene Stöcker im Jahre 1904 gegründeten Bund für Mutterschutz an, der Zentrum einer beredten und öffentlichkeitswirksamen Diskussion über Themen wie Mutterschutz, Sexualreform, Bevölkerungspolitik und Eugenik war. Obwohl Henriette Fürth, Adele Schreiber und Lily Braun auf Grund verschiedener Streitigkeiten mit Helene Stöcker diese Organisation bald wieder verließen, schrieben sie weiter über diese Themen. Trotz ihrer kritischen. sogar bilderstürmerischen Einstellungen gegenüber der herrschenden Frauenbewegung sind diese Feministinnen von modernen HistorikerInnen der Frauenbewegung häufig als herausragende Vertreterinnen eines allgemeineren Trends angesehen worden – des Niedergangs der deutschen bürgerlichen Frauenbewegung und ihrer Kapitulation vor dem reaktionären politischen Klima der Vorkriegsund Kriegsjahre. Der Hauptgrund für diese Beurteilung ist ihre Position zur Geburten- und Bevölkerungspolitik, die nicht primär auf liberalen Theorien individueller Rechte beruhte, sondern auf kollektivistischen Argumentationen, die auf die Eugenikbewegung zurückgingen. In der hier vorgenommenen Neueinschätzung der historischen Bedeutung ihrer Vorstellungen und Aktivitäten werde ich argumentieren, daß diese nicht einfach oder nicht überwiegend als Rechtsabweichung abgetan werden können. Die Vorstellungen und das Programm der deutschen Feministinnen – und darin liegt ihre historische Bedeutung – sind als energischer und bahnbrechender Versuch anzusehen, nicht nur eine feministische Stellungnahme zu den bislang von der bürgerlichen Frauenbewegung vermiedenen Themen von Sexualität und Reproduktion zu formulieren, sondern diese »Frauenthemen« auch in den herrschenden Diskurs einzubringen. Wenn die Feministinnen die Sprache der von Männern dominierten Eugenikbewegung verwandten, unterlagen sie nicht einfach einer gefährlichen patriarchalischen Mode, sondern versuchten dadurch, in der Eugeniktheorie vorherrschende Auffassungen so zu revidieren und umzuformen, daß sie die Interessen und Werte der Frauen reflektierten.2

Eine ernsthafte Untersuchung dieser feministischen Vorstellungen erscheint notwendig, weil die Beziehung des Feminismus zur Eugenik in jener Zeit bisher unzureichend erforscht und oft mißverstanden worden ist. Die Reaktionen vieler, die über die Geschichte der Frauenbewegung gearbeitet haben, schwanken zwischen totaler Ablehnung und verwirrter Verlegenheit. Diese Tendenz ist unter deutschen HistorikerInnen besonders ausgeprägt. Marie-Luise Janssen-Jurreit zum Beispiel beklagt schlicht die Involvierung von Feministinnen in eine protofaschistische »nationalbiologische Geschichtsbetrachtung«. Richard Evans bestätigt zwar kurz einige der progressiven Implikationen des Eugenikprogramms der deutschen Feministinnen, konzentriert sich dann aber auf dessen konservative, autoritäre und sogar »totalitäre« Aspekte. Den Vorstellungen einer so eloquenten und aktiven Schriftstellerin wie Henriette Fürth, deren Schriften weit verbreitet waren, wurde nahezu keine ernsthafte Aufmerksamkeit geschenkt. Der Historiker Heinz Niggemann tut Henriette Fürth – Jüdin und Sozialistin – als Vorfaschistin ab. Amy Hackett trägt eine ausgewogenere, aber letztlich auch apologetische Beurteilung von Helene Stöckers Rezeption der Eugeniktheorie vor. Einige neuere deutsche Beiträge zu dieser Diskussion erkennen zwar progressive Implikationen der feministischen Vorstellungen an, tendieren aber dazu, das Ausmaß ihres tatsächlichen Interesses an der eugenischen Theorie bzw. ihres Glaubens an sie zu unterschätzen. Heide Soltau charakterisiert Helene Stöckers Verwendung der Eugeniktheorie lediglich als »vorübergehende Zusammenarbeit mit eindeutig reaktionären Richtungen, die sich später in den Dienst des Faschismus stellten«. Heide Schlüpmann legt zwar dar, daß die von der Eugenikbewegung übernommene Terminologie und deren Konzepte eher dazu benutzt wurden, feministische Ziele zu unterstützen, weniger dazu, sie zu bekämpfen, aber sie erklärt den Gebrauch. den die Feministinnen von diesen Vorstellungen machten, hauptsächlich als eine Strategie, die auf die Ärzte, die sich unter den männlichen Befürwortern ihrer Bewegung befanden, zielte. Da sie sich auf Helene Stöcker konzentrieren, die zu den libertärsten der radikalen Feministinnen gehörte, setzen sich weder Heide Soltau noch Heide Schlüpmann mit den von einigen ihrer Zeitgenossinnen, etwa

Adele Schreiber und Henriette Fürth, unterstützten Vorstellungen auseinander, die dem heutigen Historiker viel problematischer erscheinen als die von Helene Stöcker.

Einige dieser Zugänge zur Geschichte von Feminismus und Eugenik beruhen offensichtlich auf Interpretationen, die davon ausgehen, daß die gesamte Eugenik zur Zeit der Jahrhundertwende direkten Weges zu den Schrecken des Nationalsozialismus führte. Aber viele neuere HistorikerInnen bestreiten diese Ansicht und legen dar, daß Eugeniktheorien von beiden, von rechter und von linker Seite entwickelt wurden und der Stützung sowohl konservativer als auch progressiver Positionen dienten. Will man den Kontext der feministischen Vorstellungen verstehen, ist ein kurzer Überblick über die Entwicklung konservativer und progressiver Eugeniktheorien in dieser Periode notwendig.⁴

Die Wissenschaft von der Eugenik wurde um 1880 von dem britischen Biologen Francis Galton gegründet und gewann um die Jahrhundertwende in Deutschland beträchtlichen Einfluß, da sie ein geeignetes »wissenschaftliches« Vokabular für die Diskussion eines wichtigen öffentlichen Themas anbot: die gesellschaftlichen oder sozialen Folgen der privaten Entscheidung für oder gegen die Mutterschaft. Der allgemeine Rückgang der Geburtenrate in allen westlichen Industriegesellschaften, wurde in Deutschland um 1900 Gegenstand öffentlicher Besorgnis. Sowohl Intellektuelle als auch Politiker warnten vor der militärischen Bedrohung durch bevölkerungsstarke Nationen (den geburtenstarken Russen oder der chinesischen »gelben Gefahr«), aber sie waren noch beunruhigter über die Folgen des sogenannten »Geburtenrückgangs« in Deutschland selbst. Für sie war klar, daß er weniger auf soziale, ökonomische oder natürliche Notwendigkeiten zurückzuführen war, als auf die durch die gewachsenen Möglichkeiten der Geburtenkontrolle erleichterte individuelle Entscheidung für oder gegen Mutterschaft. Eugeniker drückten dieses generelle Bewußtsein einer gewachsenen Möglichkeit der Geburtenkontrolle durch eine spezifische Interpretation der menschlichen Evolution aus. Danach beruht diese nicht auf der unpersönlichen Kraft einer natürlichen Auslese, sondern es liegt in der Macht und Verantwortung der Menschen selbst, die Zukunft der Gattung zu formen. Allerdings griffen sie dabei den optimistischen liberalen Glauben an eine Harmonie von individuellem Interesse und Allgemeinwohl an und legten dar, daß für die kritische Entscheidung über die Reproduktion nicht lediglich das Eigeninteresse ausschlaggebend sein dürfe. Sie unterstützten daher eine »generative Ethik«, die die individuelle Verantwortung für kollektives und persönliches Wohlergehen gleichermaßen betonte. Damit lieferten sie eine rationale Begründung für eine aktive Rolle des Staates. Aber wer sollte diese »generative Ethik« definieren? Wegen der Bedeutung, die sie individuellen Entscheidungen und auch ethischen Verpflichtungen zumaß, konnte die Eugeniktheorie dazu benutzt werden, weit auseinandergehende Ansichten über die Rolle der Frauen innerhalb des Evolutionsprozesses zu rechtfertigen. Und in ihren Vorstellungen über die reproduktive Rolle der Frauen unterschieden sich die beiden Flügel der Eugenikbewegung, die von dem Historiker Daniel J. Kevles als die »herrschende« und die »sozial-radikale« Schule bezeichnet worden sind, beträchtlich.5

Die herrschende eugenische Ansicht war, daß die offensichtliche Entschlos-

senheit von Eltern, insbesondere von Frauen, die Größe ihrer Familien zu begrenzen, Zeichen eines dekadenten und unsozialen Egoismus sei. Die meisten Anhänger der herrschenden Richtung, die hauptsächlich durch die Zeitschrift Archiv für Rassen- und Gesellschaftsbiologie und durch die Deutsche Gesellschaft für Rassenhygiene vertreten wurde (beide 1904 von Alfred Ploetz gegründet), stimmten mit rechten Politikern hinsichtlich der Wichtigkeit hoher Geburtenraten für die militärische Stärke Deutschlands überein. Aber sie waren stärker um den qualitativen als den quantitativen Rückgang besorgt. Sie stellten fest, daß unter allen Bevölkerungsschichten die genetisch »wertvollsten« (die willkürlich als Mittelschicht definiert wurden, der die Eugeniker, von denen die meisten Naturwissenschaftler und Ärzte waren, selbst angehörten) sich am stärksten des zersetzenden Individualismus, der sich in niedrigen Geburtenraten und kleinen Familien ausdrückt, schuldig machten. Die Betonung einer schichtspezifischen gegenüber der allgemeinen Geburtenrate hatte einige wichtige Implikationen für die Debatte, die sich nach 1900 über Fragen der Reproduktion entwickelte. Anders als frühere Evolutionstheoretiker, die die Wechselwirkung von Vererbung und Umwelt betont hatten, interpretierten diese Eugeniker das menschliche Potential von einem strikten Vererbungsansatz aus und schrieben die höhere »Qualität« der Mittelschichtsnachkommen weniger ökonomischen Privilegien oder Privilegien der Erziehung zu als eben einer unveränderbaren genetischen Ausstattung. Sie verstanden sich im übrigen meist als politisch progressiv und in der Tat stellten Vorschläge, die den sozialen Erfolg des biologisch Tauglichen zu steigern suchten, viele rechte Werte in Frage, so etwa die Legitimität von auf Geburt beruhenden Klassenstrukturen und eine christliche Ethik, die die barmherzige Erhaltung der »Untauglichen« befürwortet. Außerdem – und es ist wichtig, dies festzuhalten – teilten die meisten Eugeniker nicht den damals in rechten Kreisen modischen Antisemitismus. Wenn sie von »rassischer« Verbesserung sprachen, bezogen sie sich eher auf das Ganze einer gegebenen Bevölkerung als auf ethnische Gruppen, wie sie durch die damaligen, von den meisten Eugenikern verachteten Rassentheorien definiert wurden. Dennoch konnte die Gleichsetzung der »Oualität« mit dem Mittelschichtsstatus auch konservative soziale Einstellungen unterstützen: sie ermutigte rechte Politiker, auf die Gefahr eines Bevölkerungsrückgangs mit Zwang und moralisierendem Druck auf die Mittelschicht - und besonders die Mittelschichtsfrauen – zu reagieren.⁶

Tatsächlich lieferten die Eugeniker dieser Richtung traditionellen rechten Gegnern des Feminismus, der nun angeblich von den Mittelschichtsfrauen vertreten wurde, da diese von den Fortschritten, die Frauen im Ausbildungs- und Berufsbereich erreicht hatten, am meisten profitierten, eine neue Begründung. Sie wurden des bourgeoisen »Individualismus« bezichtigt, da Ehrgeiz, bei einer männlichen Elite als Zeichen besonderer »Tüchtigkeit« gepriesen, bei Frauen derselben Klasse als eigennütziger Vorwand, der Mutterschaft zu entgehen, beklagt wurde. Eugeniker klagten den Feminismus an, die rassische Entartung dadurch voranzutreiben, daß er nicht nur den Bildungs- und Berufsehrgeiz bestärke, sondern auch die hemmungslose »Liebe zur Bequemlichkeit« fördere, die bei den Mittelschichtsfrauen zur Vermeidung der Mutterschaft führe. Darüberhinaus hatte die Eugenikbewegung durch ihre Betonung der Vererbung und Hintanstellung

der Umweltfaktoren eine neue Bedrohung für die Frauen geschaffen. Die neue Vorstellung von Mutterschaft als vorwiegend passiver Übertragung vererbter Merkmale war noch entwürdigender als die stärker umweltorientierte Häuslichkeitsideologie der viktorianischen Ära, die den Einfluß der menschlichen Eigenschaften der Mutter auf die Persönlichkeit des Kindes hervorgehoben hatte. In seiner bekannten Schrift *Von Darwin bis Nietzsche*, die dafür plädiert, die traditionellen westlichen Werte durch eine darwinistische, auf den Kampf ums Dasein beruhende Ethik zu ersetzen, erwähnt der Eugeniker Alexander Tille Frauen nur zweimal, einmal, um die selbstsüchtige Angst der Mittelschichtsfrauen vor der Niederkunft zu verurteilen, und einmal um festzustellen, daß die neue Ethik »das Weib, die Mutter als wichtigstes Mittel gebrauchen (muß)«. Für Helene Stöcker, die frühere Geliebte Tilles, machte diese Feststellung die unvermeidliche Konsequenz einer solchen Interpretation der Eugeniktheorie deutlich – eine radikale Leugnung der Frau als Subjekt.⁷

Aber in ihrem Kampf, solche zutiefst antifeministischen Vorstellungen zu widerlegen, verwarfen nur wenige Feministinnen – in Deutschland und anderswo – die Eugeniktheorie insgesamt. Sie wandten sich eher einem anderen Interpretationsansatz zu – der von Kevles mit dem »sozial-radikalen Flügel« der Eugenikbewegung gleichgesetzt wird -, der eine sehr viel positivere Vorstellung von der Rolle der Frauen bot. Richard Evans Argument, der Gebrauch, den die Frauenbewegung von der Eugeniktheorie machte, sei in sich selbst Symptom einer allgemeinen »konservativen Revolution« gewesen, berücksichtigt nicht die Popularität dieser sozial-radikalen Theorien in linken und progressiven Kreisen, in Deutschland und anderswo. Viele der damaligen Interpretationen der Darwinschen Theorie – auch die Wilhelm Bölsches, dem einflußreichsten Verbreiter der Darwinschen Theorie in Deutschland – schrieben die Evolution der menschlichen Gattung nicht primär dem harten Konkurrenzkampf zu, der in dem Begriff »survival of the fittest« zum Ausdruck kommt, sondern den höheren und spezifisch menschlichen Fähigkeiten der Kooperation und der Rationalität. Eben diese Tendenz – den Konkurrenzkampf herunterzuspielen und die Kooperation zu betonen - war für die sozial-radikale Interpretation der Eugenik zentral. Die Sozial-Radikalen hoben die Wechselwirkung von Erbanlagen und Umweltfaktoren hervor und sahen in der Herstellung einer humaneren und vernüftigen Umgebung die entscheidende Bedingung für die Verbesserung der Bevölkerungsqualität. Für den vielleicht prominentesten Befürworter der sozial-radikalen Schule, den britischen Sexologen Havelock Ellis (Mitglied und offener Bewunderer des Bundes für Mutterschutz) entsprang die Eugenik eindeutig »einer langsam sozial-reformatorischen Bewegung, die seit länger als einem Jahrhundert anhält und eine Verbesserung aller Lebensbedingungen anstrebt«.8

Im Gegensatz zu der anti-feministischen Richtung vertraten viele der Sozial-Radikalen eine klare feministische Position. Die Emanzipation der Frauen, so behaupteten Ellis und seine Anhänger, würde die Qualität der Bevölkerung steigem, da sie die Frauen dazu befähigte, freie und überlegte Entscheidungen hinsichtlich der Mutterschaft zu treffen. Die Sozial-Radikalen betrachteten die Präferenz kleiner Familien nicht als Symptom kultureller »Entartung«, sondern als Zeichen einer voranschreitenden Zivilisation, die sich der Verbesserung der menschlichen

Beschaffenheit durch vernünftige Fortpflanzung und bedachtsame Erziehung verpflichtet sah. Frauenzentrierte Interpretationen des Evolutionsprozesses wurden auch in feministischen Kreisen populär, die Amerikanerin Charlotte Perkins Gilman und die Schwedin Ellen Key, die in vielen Fragen verschiedene Positionen vertraten, benutzten beide die Darwinsche Theorie der geschlechtlichen Auslese (sexual selection), um eine aktivere Rolle der Frauen bei der Wahl der Geschlechtspartner und bei Familie und Fortpflanzung betreffenden Entscheidungen zu rechtfertigen. Kurz, Feministinnen zur Zeit der Jahrhundertwende konnten viele Interpretatoren der Eugeniktheorie finden, für die sich Feminismus und neue »generative Ethik« nicht antagonistisch, sondern komplementär zueinander verhielten.

Daß Feministinnen Argumente der Eugenikbewegung übernahmen, ist von HistorikerInnen oft als herausragendes Zeichen eines allgemeinen Trends von einem liberalen Individualismus zu verschiedenen Formen von Kollektivismus als Basis feministischer Theorien interpretiert worden (manche HistorikerInnen sprechen von »familialem« oder »relationalem« Feminismus). In vieler Hinsicht aber veranschaulicht der damalige Kollektivismus ebensosehr Kontinuität wie Veränderung, da die deutsche Frauenbewegung ihre Argumente für die Verbesserung des Status der Frauen seit jeher nicht nur auf die liberale Forderung nach gleichen Rechten gestützt hatte, sondern auch auf die Bedeutung des gesellschaftlichen Beitrags der Frauen, insbesondere durch die Mutterrolle und deren Ausweitung in den Erziehungsberufen. Die hier diskutierten Feministinnen betrachteten die sozial-radikale Eugeniktheorie nicht als eine Zurücknahme liberaler Positionen, sondern als Basis für eine notwendige Erweiterung des liberalen Programms der Frauenbewegung. Sie kritisierten die gemäßigte Frauenbewegung, repräsentiert etwa durch den Bund Deutscher Frauenvereine, wegen ihrer überwiegenden Konzentration auf Probleme von Frauen aus der Mittelschicht, einschließlich ihres Engagements für höhere Schulbildung und den Zugang zu akademischen Berufen. Die Radikalen, von denen viele feministischen und sozialistischen Organisationen angehörten, hielten dieses Programm für begrenzt und für spalterisch. Lily Braun und andere behaupteten darüberhinaus, daß die bürgerliche Frauenbewegung, da sie sich weitgehend aus einzelnen Karrierefrauen zusammensetzte, die wichtigsten Probleme einer Zeit vernachlässige, in der eine wachsende Zahl verheirateter Frauen freiwillig oder aus Notwendigkeit erwerbstätig wurde. Wie sollte eine Frau Ganztagsarbeit oder Karriere und Familienleben vereinbaren? Die Lösung dieses Problems verlangte offensichtlich eine Neuinterpretation der Rolle der Frau in Familie und Reproduktion ebenso wie ihrer Rolle im Beruf. Ein Programmpunkt dieser radikalen Feministinnen war ein neues Ideal persönlichen Glücks für Frauen – oft als eine »neue Ethik« gepriesen oder kritisiert –, das sowohl berufliche Erfüllung durch Ausbildung und Karriere als auch affektive Gratifikation durch heterosexuelle Liebe und Mutterschaft zulassen würde. 10

Nach einem vergeblichen Versuch, die Führerinnen einer älteren radikalen Frauenorganisation, des *Verbandes Fortschrittlicher Frauenvereine*, davon zu überzeugen, ihr Programm zu erweitern und sich mit Problemen zu befassen, die die Masse der Frauen betrafen, deren Leben durch Ehe und Mutterschaft be-

stimmt war, beteiligte sich Helene Stöcker an einer Reorganisation des Bundes für Mutterschutz. Zwar war der Bund eine kleine Organisation (nach Schätzung hatte er 1908 etwa 3700 Mitglieder), aber er erregte sowohl auf Grund seiner sozialen Aktivitäten zugunsten unverheirateter Mütter und deren Kinder, als auch wegen der offenen Diskussion über Themen wie Sexualität, Familienpolitik und Fortpflanzung großes Aufsehen. Behandelt wurden diese Themen in den von Helene Stöcker herausgegebenen Zeitschriften (Mutterschutz, die von 1905-1908 erschien, und Die Neue Generation, die sie von 1909 bis zu ihrem Exil im Jahre 1933 herausgab). Diese Zeitschriften fanden zwar nur eine geringe Verbreitung, hatten aber eine Gruppe namhafter Mitarbeiter, etwa Havelock Ellis, Sigmund Freud, Magnus Hirschfeld, Friedrich Naumann und viele andere. Die Organisation veranstaltete auch öffentliche Vorträge und Konferenzen, die große Resonanz fanden. Die ausführliche, wenn auch negativ gehaltene Berichterstattung darüber in der konservativen Presse weist auf einen beträchtlichen Einfluß auf die öffentliche Meinung hin. Obwohl der Bund für Mutterschutz bei der gemäßigten bürgerlichen Frauenbewegung kein hohes Ansehen genoß - der Bund deutscher Frauenvereine wies 1909 sein Ersuchen auf Mitgliedschaft ab - zog er viele bekannte Feministinnen und auch männliche Intellektuelle an, einschließlich so prominenter Mitglieder der herrschenden Eugenikrichtung wie Alfred Ploetz, Wilhelm Schallmeyer, der mit seinem Buch Vererbung und Auslese ein von Alfried Krupp anonym ausgeschriebenes Preisausschreiben für die beste Veröffentlichung zu diesem Thema gewonnen hatte, und die Gynäkologin Agnes Bluhm, der einzigen regelmäßigen Autorin beim Archiv für Rassen- und Gesellschaftsbiologie. 11

Die Feministinnen des *Bundes* befassten sich mit vielen Themen, die ich der Einfachheit halber in drei Gruppen zusammenfasse: dem ökonomischen und sozialen Status von Frauen, der Geburtenpolitik und der Bevölkerungs-»Qualität«. In allen drei Themenbereichen benutzten sie Argumente aus der sozialradikalen Eugeniktheorie, um die grundlegende Behauptung ihrer Kritiker zu widerlegen, die Selbsterfüllung der Frauen und das Allgemeinwohl seien notwendigerweise antithetisch. Im Gegenteil – so argumentierten sie –, die richtig verstandenen Interessen von Frauen seien mit denen der neuen Generation identisch. Die Diskussion dieser Themen wird die Stärken dieses Ansatzes, aber auch seine ethischen, logischen und praktischen Probleme aufdecken.

Der ökonomische und soziale Status von Frauen

Ein wichtiges Ziel der Eugeniker – gleich welcher Überzeugung – war die Förderung einer geschlechtlichen Auslese, die die Übertragung wünschenswerter Erbmerkmale begünstigte. Da geschlechtliche Auslese primär von den Familienformen abhängt, entwickelten Eugeniker und Feministinnen, die die eugenische Argumentation aufgriffen, Vorschläge für eine Familienreform, die von nüchtern praktischen Vorstellungen bis zu wilden Utopien reichten. Führende Eugeniker vertraten nachdrücklich die Weiterführung und Bestärkung patriarchalischer Herrschaft. Sie kritisierten die Klassenvorurteile ihrer konservativeren Zeitgenos-

sen und legten dar, die für eine gesunde Bevölkerungsentwicklung günstigsten sozialen Organisationsformen seien solche, die es den talentiertesten Männern ermöglichen würden, im Beruf Karriere zu machen, Familien zu gründen und zahlreiche Nachkommen zu erzeugen. In diesem Prozeß, so der bekannte Eugeniker Otto Ammon, seien Frauen immer passiv gewesen, da ihr Erfolg in der Reproduktion nicht auf Stärke, Mut oder Intelligenz beruhe, sondern hauptsächlich auf Schönheit. Die Förderung günstiger Fortpflanzungsmuster beruhte für viele dieser Theoretiker vollständig auf der fortgesetzten ökonomischen Unterwerfung der Frau; ökonomisch unabhängige Frauen, war in einem oft zitierten Artikel zu lesen, könnten entscheiden, überhaupt nicht zu heiraten oder, wenn verheiratet, keine Nachkommen zu gebären. 12

Die Radikalen brachten alternative Theorien der biologischen und kulturellen Evolution vor, die die aktive und gestaltende Rolle der Frauen betonten. Die Grundlage dieser Position war eine biologisch begründete Version der Theorie eines ursprünglichen Matriarchats, die erstmals von Bachofen entwickelt und dann von sozialistischen Autoren wie Friedrich Engels verbreitet worden war. Sowohl Helene Stöcker als auch Henriette Fürth übernahmen zwei Thesen: die der Mutter-Kind-Beziehung als Quelle aller folgenden sozialen Bindungen und die der Matrilinearität als erster Familienform. Sie stellten die Mutterschaft als die aktive und konstante Kraft in der menschlichen Evolution dar, die Vaterschaft dagegen als nur zufälliges Verhältnis, abhängig von vorübergehenden und unvollkommenen ökonomischen Organisationsformen. Damit spitzten die Radikalen die von der bürgerlichen Frauenbewegung vorgebrachte eher vorsichtige Kritik an der konventionellen Familie zu. Sie behaupteten, die patriarchalische Ehe, die als Vorbedingung »legitimer« Mutterschaft die Unterwerfung der Frau verlange, hätte die genetische Qualität unterminiert, da sie die schwächsten und unterwürfigsten Frauen als »Mütter der Nation« ausgewählt hätte. Gleichstellung des Status der Frauen innerhalb der Ehe und Liberalisierung des Scheidungsrechtes, so argumentierte Lily Braun, würden sich im Sinne der Eugenik auswirken, da sie fähige und unabhängige Frauen, bisher zurecht abgestoßen von der häuslichen Sklaverei, ermutigen würde zu heiraten und Kinder zu gebären. Im Anschluß an Ellen Key, einer wichtigen Vorläuferin und Förderin des Bundes für Mutterschutz, argumentierten auch viele andere der Radikalen, einschließlich Adele Schreiber und Grete Meisel-Hess, daß die ökonomische und soziale Gleichheit von Frauen eine eugenische Verbesserung befördern würde, da sie ihnen erlaubte, gesunde und taugliche Väter für ihre Kinder auszuwählen, statt ökonomisch vorteilhafte, aber biologisch verheerende Bindungen einzugehen. 13

Obwohl der Bund offiziell weiterhin die monogame Ehe als Ideal aufrechterhielt, benutzten die Radikalen eugenische Argumente, um soziale Anerkennung und finanzielle Unterstützung für von alleinstehenden Frauen geführte Haushalte geltend zu machen. Dies war die theoretische Basis für eine höchst praktische und aktiv geführte Kampagne für unverheiratete Mütter und deren Kinder, die philanthropische und politische Arbeit einschloß. »Wir haben einen trefflichen Nachwuchs, den wir nun kläglich zugrunde gehen lassen«, stellte ein Artikel im Archiv für Rassen- und Gesellschaftsbiologie fest, der die Gründung des Bundes für Mutterschutz ankündigte. Auch die hohe Sterblichkeitsrate unter

den unehelichen Kindern wurde von den Radikalen gegen die herrschende Sexualmoral angeführt. Während die bürgerliche Frauenbewegung die konventionelle Moral meist als besten Schutz der Interessen der Frauen und ihrer Kinder verteidigte, kritisierten die Radikalen sie als Quelle von Vorurteilen, die viele Mütter und Kinder in Ächtung, Armut und Tod trieben. In ihrem Plädoyer für eine Verbesserung des sozialen Status dieser Ausgestoßenen war es ihnen wichtig, das in der Eugenikbewegung übliche Argument zu widerlegen, »Promiskuität« sei in sich selbst ein negatives genetisches Merkmal, das die unverheirateten Mütter an ihre Kinder weitergeben, uneheliche Kinder seien daher minderwertig und nicht erhaltenswert. Henriette Fürth hielt dagegen, daß »uns die einfachste biologische Erwägung lehrt, daß ein überwiegender Teil der Unehelichen von jungen Menschen im kräftigsten Alter gezeugt wird« und sie daher eine überdurchschnittliche Erbanlage haben müssen.¹⁴

Die Radikalen als Angehörige der sozial-radikalen Schule kritisierten ihre Kollegen oft als Vertreter einer »menschlichen Zoologie«, und rechtfertigten ihre Unterstützung humanitärer Reformen, indem sie für eine Erhöhung der Bevölkerungsqualität die Bedeutung nicht nur der Erbanlage, sondern ebenso der Umgebung hervorhoben.

Ein anderes Feld von Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Eugenikpositionen betraf die Vereinbarkeit von bezahlter Arbeit und Mutterschaft – eine wichtige Frage in einer Zeit, in der der Anteil arbeitender verheirateter Frauen gestiegen war und die erste Generation von Frauen mit Universitätsabschluß eine berufliche Laufbahn antrat.¹⁵

Die deutschen radikalen Feministinnen, die die Vereinbarkeit von Mutterschaft und Berufsarbeit vertraten, gerieten dadurch nicht nur mit der von Männern dominierten Eugenikbewegung in Streit, sondern auch mit einigen prominenten Sprecherinnen der Frauenbewegung. Viele Vertreterinnen der liberalen Frauenbewegung, der es darum ging, die einzelne Frau in ihrem Recht auf Unterhalt zu schützen, bezweifelten, daß Frauen in der Lage seien, familiale Verantwortung und berufliche Verantwortung zu verbinden. Auch Ellen Key, die ganz andere, auf ihrer biologisch orientierten Interpretation der weiblichen Psychologie basierende Argumente gebrauchte, kritisierte die moderne Karrierefrau: sie imitiere die Männer auf Kosten ihrer spezifischen weiblichen Eigenschaften. Helene Stöcker wandte sich gegen solche restriktiven Einschätzungen: die Mutterschaft sollte die freie Entscheidung der Frau als einem »reichen, reifen Menschen« sein, dem Gelegenheit gegeben werden müsse, all seine Talente zu entwickeln. Henriette Fürth, selbst Mutter von sieben Kindern, protestierte dagegen, die Individualität der Frau dem Gebot der Mutterschaft unterzuordnen. Mutterschaft, die in einer Zeit kleiner Familien nur etwa zehn Jahre im Leben einer Frau in Anspruch nahm, könne kaum als ausfüllende Beschäftigung angesehen werden. »Erinnern wir uns daran, daß sie nicht nur Mutter ist. Das Weib ist ja auch ein Mensch, ein Selbstzweck«. Vielleicht auf Grund ihrer eigenen Mittel- oder Oberschichtenherkunft verfielen sogar glühende Sozialistinnen wie Lily Braun und Henriette Fürth dem Irrtum, »wertvolle« Erbanlagen mit hohem sozialen Status gleichzusetzen. Wie die britischen Neomalthusianer behaupteten sie, die Möglichkeit der Geburtenkontrolle würde die genetische »Qualität« erhöhen, da

sie Elitefrauen in die Lage versetze, Kinder zu erzeugen, ohne deshalb ihre berufliche Laufbahn abzubrechen. Aber während die Neomalthusianer politisch Konservative blieben und niedrige Geburtenraten als Lösung vieler sozialer Probleme ansahen, traten die deutschen *Radikalen*, etwa Henriette Fürth, Lily Braun und Maria Lischnewska, für soziale Reformen, wie kürzere Arbeitszeit für Arbeiterinnen, Kindertagesstätten und Wohnhäuser mit Gemeinschaftsküchen ein, die es talentierten Frauen ermöglichen sollten, Beruf und Mutterschaft zu verbinden. Wie einige prominente Eugeniker, unter ihnen Wilhelm Schallmeyer, benutzten auch Frauen des *Bundes für Mutterschutz*, vor allem Adele Schreiber und Maria Lischnewska, eugenische Argumente, um gegen Gesetze und Bestimmungen anzugehen, die die Beschäftigung verheirateter oder schwangerer Frauen verboten und so berufstätige Frauen – insbesondere Lehrerinnen und Angestellte im öffentlichen Dienst – zwangen, zwischen Beruf und Mutterschaft zu wählen. »Der Verlust gerade dieser Frauen für die Mutterschaft im Interesse der Entwicklung der Menschheit (ist) ein sehr beklagenswerter.«¹⁶

Die Verbesserung der genetischen Qualität, so meinten einige Eugeniker, sollte hauptsächlich darüber erreicht werden, daß man den genetisch wertvollsten Individuen ökonomische und soziale Anreize bot, damit sie Kinder erzeugten. Es überrascht nicht, daß die empfohlenen Maßnahmen vor allem Väter begünstigten. Schallmeyer zum Beispiel empfahl ein System von Familienzulagen, die mit dem Status des Vaters steigen sollen. Weiter schlug er vor, die Gehaltsstufen und Karriereleitern solcher höheren, selbstredend männlichen Gruppen - Offiziere und höhere Beamte – in der Weise zu verändern, daß sie frühere Heiraten zuließen. Einige Autoren des Archivs für Rassen- und Gesellschaftsbiologie, einschließlich Agnes Bluhm, plädierten für einen durch die Krankenkassen abgesicherten Mutterschaftsurlaub und für »Stillprämien«, um die Mütter zum Stillen ihrer Kinder zu ermutigen. Allerdings stellte Agnes Bluhm die Wichtigkeit solcher Reformen auch in Frage, indem sie die Kindersterblichkeit nicht nur auf Umweltfaktoren wie Armut zurückführte, sondern gleichermaßen auf die erbbedingte »Degeneriertheit« der deutschen Frauen, von denen ein großer Anteil körperlich gar nicht mehr in der Lage sei, Kinder zu gebären und zu stillen. Andere Eugeniker, auch Schallmeyer selbst, betrachteten eine Sozialversicherung mit Skepsis, da sie dem »Untauglichen« mehr helfe als dem »Tauglichen«.¹⁷

Die Radikalen des Bundes für Mutterschutz dagegen starteten ihre wichtigste, umfassende und auf breiter Ebene unterstützte Kampagne für die Ausweitung einer über die gesetzlichen Krankenkassen abgesicherten Versicherung für Mütter, die den Frauen – gleich ob Arbeiterinnen oder Hausfrauen, verheiratet oder unverheiratet – direkt ausbezahlt werden sollte. Der Bund kämpfte für eine Ausdehnung des Versicherungsschutzes für Mütter auf der Grundlage des normalen Tageslohns auf sechs Wochen vor und sechs Wochen nach der Entbindung (letzteres war durch die bestehende Gesetzgebung bereits geregelt, aber nicht unter Fortzahlung des normalen Tageslohns), für zusätzliche Unterstützung für medizinische Ausgaben und Haushaltshilfe und für »Stillprämien«, um das Stillen der Kinder zu fördern. Hier zeigten die Radikalen ihre sozialistischen Sympathien; sie konzentrierten ihren Kampf auf die Nöte und Probleme der Arbeiterinnen. In der Petition, die der Bund im Jahre 1907 an den Reichstag richtete, stellte er den

Nutzen der vorgeschlagenen Reformen für die militärische Stärke Deutschlands heraus, die durch den schlechten Gesundheitszustand der Arbeiterkinder, die in naher Zukunft Militärdienst leisten sollten, emsthaft gefährdet sei. Auch hier rechtfertigten die Radikalen ein Reformprogramm, indem sie die Wichtigkeit nicht von Erbfaktoren, sondern der Umweltbedingungen unterstrichen. Die Mutterschaftsversicherung erwies sich als vorzügliche Basis für Koalitionsbildungen; die Versicherungsreform wurde von vielfältigen Gruppen unterstützt, einschließlich der sozialistischen Partei und des gemäßigten Bundes deutscher Frauenvereine. Ihre Anstrengungen wurden 1911 teilweise belohnt: in den Versicherungsschutz wurden verschiedene, bisher nicht betroffene Gruppen einbezogen und der Mutterschaftsurlaub wurde von sechs auf acht Wochen ausgedehnt, von denen zwei Wochen vor der Entbindung in Anspruch genommen werden konnten. 18

Geburtenpolitik

Wie dringend erforderlich es war, daß Frauen ihre Stimme in die öffentliche Diskussion über Eugenik und Bevölkerungspolitik einbrachten, wurde in den Vorkriegsjahren deutlich, als die Regierung verstärkt versuchte, die freie Entscheidung zur Mutterschaft zu beschränken, durch verschärfte strafrechtliche Verfolgung der Abtreibung (die Zahl der Strafverfolgungen, die in der Zeit von 1901-02 bei 503 pro Jahr lag, stieg 1913 auf 15158 an) und 1913 durch eine Gesetzesinitiative, die darauf zielte, den bestehenden Paragraphen 184 des Reichsstrafgesetzbuches, der nur die öffentliche Ausstellung und Werbung für Verhütungsmittel verbot, durch härtere Import- und Verkaufsverbote zu ergänzen. Da die Liste verbotener Artikel auch Abtreibungsmittel enthielt, wurden in der folgenden Debatte beide Themen, Geburtenkontrolle und Abtreibung vermengt. Die Eugenikbewegung, die vor allem durch den weit verbreiteten Gebrauch von Verhütungsmitteln bzw. die Abtreibungspraxis bei der gesellschaftlichen und also genetischen Elite beunruhigt war, unterstützte restriktive Maßnahmen. Schallmeyer klagte die Verfechter der Geburtenkontrolle an, »Propaganda für den schmerzlosen Selbstmord... der Nation« zu treiben und schlug vor, Verhütungsmittel gleich anderen giftigen Substanzen aus dem Handel zu ziehen und nur noch von Ärzten verschreiben zu lassen. Andere schlugen einen schärferen Ton an; der Staat, verlangte ein ständiger Mitarbeiter des Archivs für Rassen- und Gesellschaftsbiologie, solle »in der Gestalt seiner Gesetzesbestimmungen ein Mal aufrichten, das zeigt, welchen Wert er auf Nachkommenschaft legt, daß er nicht die Freiheit läßt, man kann so und kann auch anders«. »Das Gebären ist eine eminent öffentliche Angelegenheit«, schrieb ein anderer Autor des Archivs zur Verteidigung eines gesetzlichen Abtreibungsverbots, und Agnes Bluhm warnte, eine Liberalisierung dieser Gesetze würde den Frauen der Mittelschicht erlauben, dem Gebären von Kindern aus leichtfertigen Gründen aus dem Wege zu gehen. Die Rhetorik der Politiker betonte zwar stärker die Zahlen als die genetische »Qualität«, zeigt aber dennoch den Einfluß der Eugenikbewegung ebenso wie den anderer auf die populären Themen eines biologischen und kulturellen »Niedergangs« bezogenen intellektuellen Trends. In der Debatte über den Gesetzentwurf zu den Verhütungsmitteln im preußischen Abgeordnetenhaus verurteilte ein katholischer Zentrumsabgeordneter den nachlassenden Willen zur Mutterschaft als charakteristisch für »alternde und absterbende Rassen«; ein Konservativer nannte ihn »eine Kulturkrankheit« und ein National-Liberaler schrieb ihn der dekadenten »Genußsucht und Bequemlichkeit« zu. In dieser ganzen, wie Henriette Fürth später bemerkte, allein von Männern geführten Debatte waren Frauen lediglich als Objekte, nie als Subjekte präsent; tatsächlich wurden sie nur einmal erwähnt, von einem Zentrumsabgeordneten, der einer Frau, die geltend gemacht hatte, daß »Frauen das Recht haben, ihren eigenen Körper zu kontrollieren und zu entscheiden, wie viele Kinder sie haben wollen« als »gefährlicher als ein wildes Tier« bezeichnete.¹⁹

Diese Rhetorik hob die üblichen Anprangerungen weiblicher Selbstsucht auf die Ebene einer noch nie dagewesenen Feindseligkeit und stellte eine unmittelbare Bedrohung nicht nur der Freiheit der Frauen, über ihren Kinderwunsch selbst zu entscheiden, sondern auch der Redefreiheit dar, auf die die ganze Frauenbewegung angewiesen war. Die Antworten der Feministinnen müssen alle, auch wenn sie in wesentlichen Punkten voneinander abwichen, als Versuch verstanden werden, dieser Bedrohung durch die Versicherung zu begegnen, die Frauen seien entschlossen, die neuen Techniken verantwortungsbewußt zu gebrauchen, nicht nur zu ihrem individuellen Nutzen, sondern ebenso zum Nutzen der Gesellschaft. Viele der Radikalen, etwa Marie Stritt, Helene Stöcker und Adele Schreiber, verstanden die freie Entscheidung zur Mutterschaft als ein individuelles Recht - tatsächlich als das grundlegende dieser Rechte, ohne das alle anderen bedeutungslos wären. Diese drei und einige ihrer Kolleginnen engagierten sich in einer offensiv geführten Kampagne für die vollständige Legalisierung der Abtreibung; sie vertraten eine sehr viel radikalere Position als ihre britischen ZeitgenossInnen, einschließlich Havelock Ellis, der zwar Empfängnisverhütung unterstützte, aber Abtreibung weiterhin verurteilte. Aber sie verbanden diese individualistischen Argumentationen beständig mit anderen, die die Verantwortung der Frauen gegenüber der »neuen Generation« hervorhoben. Wenn Frauen nicht länger gezwungen werden, als »Gebärapparat« zu funktionieren, schrieb Marie Stritt 1911, wird ihnen ihre freiere Position ein größeres Verantwortungsbewußtsein verleihen. »Sie (die Frau) wird prüfen, ob sie auch wirklich qualitativ das Menschengeschlecht fortpflanzen kann«. Auch Henriette Fürth argumentierte, daß eine Regierungspolitik, die ein Höchstmaß an Freiheit in der Entscheidung zur Mutterschaft zuließe. nicht nur dem individuellen Wohlergehen, sondern auch der »Bevölkerungsqualität« dienen würde; ihr Vorschlag, Abtreibung solle von einer aus Medizinern und Sozialwissenschaftlern zusammengesetzten Kommission aus »sozialen« und »medizinischen« Gründen genehmigt werden, forderte zwar nicht die vollständige Legalisierung, aber die Entscheidungsbefugnis sollte nicht dem Staat überlassen bleiben, sondern Autoritätsstrukturen übertragen werden, die sie für humaner und aufgeklärter hielt. Obwohl der Bund deutscher Frauenvereine 1908 eine von Marie Stritt, damals Präsidentin dieser Organisation, vertretene Resolution, die die Aufhebung aller Gesetze gegen den Schwangerschaftsabbruch forderte, abwies, zeigt allein das Faktum, daß eine solche Resolution von einer gemäßigten Frauenbewegung ernsthaft diskutiert wurde – in einer Zeit als die meisten Aktivistinnen der Bewegung, zum Beispiel die der amerikanischen Wahlrechtsbewe-

gung, ablehnten, so empfindliche Themen auch nur anzusprechen – wie wirkungsvoll die *Radikalen* in ihrem Bemühen waren, sexualpolitische Themen in das Denken und die Praxis der Frauenbewegung einzubringen.²⁰

Auch um die Legalisierung von Verhütungsmitteln zu begründen, griffen die Radikalen auf Argumente der sozial-radikalen Eugeniktheorie zurück. Ihr Herausstellen der Kleinfamilie als der besten Umgebung für das Aufziehen gesunder, intelligenter »hochwertiger« Nachkommen entsprach der Grundüberzeugung der sozial-radikalen Eugeniker, eine humane und wohlgeordnete Umgebung sei die höchste Errungenschaft der menschlichen Evolution. In mancher Hinsicht ähnelte eine solche positive Auffassung der Kleinfamilie der der britischen Neomalthusianer, die ihre Kampagne für Geburtenkontrolle ebenfalls mit Statistiken untermauerten, welche die hohe Krankheits- und Kindersterblichkeitsrate in den kinderreichen Familien der Armen spiegelten. Aber anders als ihre britischen Zeitgenossen, die niedrige Geburtenraten an sich für eine Lösung sozialer Probleme hielten, war für die deutschen Feministinnen die Kleinfamilie an sich kein wünschenswertes Ziel. Im Gegenteil, ihr Eintreten für Geburtenkontrolle war mit einer Kampagne für soziale und ökonomische Unterstützung der Mütter verbunden, von der sie hofften, daß sie sie nicht zwingen, aber ermutigen würde, Kinder zur Welt zu bringen.²¹

Bevölkerungs»qualität«

Der Hauptvorteil der Eugeniktheorie für die Feministinnen war – die Argumentationen für reproduktive Rechte zeigen es -, daß sie sowohl den »qualitativen« als auch den quantitativen Aspekt der Bevölkerung betonte. Gerade aus diesem Grund konnte sie für viele Maßnahmen zugunsten von Müttern und ihren Kindem als Rechtfertigung benutzt werden. Aber – darauf beharrten die Eugeniker beider Richtungen – die Verbesserung der Bevölkerungsqualität verlangte nicht nur die Erzeugung hochwertiger Nachkommen, sondern auch, die »minderwertiger« – das heißt, kranker oder geschädigter – Kinder zu verhindern. Die Mehrheit der Feministinnen sprach sich dafür aus, dieses Ziel durch Erziehung zu eigener Verantwortung zu erreichen. Ein solches Verantwortungsbewußtsein, so glaubten sie, würde normalerweise die Würde der Frauen - ihre Freiheit und Selbstbestimmung - nicht einschränken, sondern erhöhen. Dennoch sahen sie auch die Möglichkeit, daß einzelne Frauen verweigern könnten, solche Verantwortung zu übernehmen. An diesem Punkt wurden die grundlegenden logischen und ethischen Probleme eines feministischen Versuchs, individuelle und kollektive Interessen zu versöhnen, offenbar.

Ein drängendes Problem für beide, die Eugenikbewegung und die Frauenbewegung, war die Prävention von Geschlechtskrankheiten, wobei erstere in ihnen vor allem eine Bedrohung der Bevölkerungs»qualität« sah, letztere vor allem eine Bedrohung der Gesundheit der Frauen, die Gefahr liefen, von untreuen oder durch vorehelichen Verkehr infizierten Ehemännern angesteckt zu werden. Auf diese Gefahr wurden damals in den USA vor allem von der sehr aktiven und öffentlichkeitswirksamen, von vielen engagierten bürgerlichen Frauen unterstützen

Abolitionistenbewegung hingewiesen, die für die Abschaffung der staatlich geregelten Prostitution kämpfte. Die Erwünschtheit einer vorehelichen Gesundheitsüberprüfung erschien den Feministinnen als ein weiterer Punkt, in dem die Interessen der Frauen und die der »Rasse« übereinstimmten. Die Verabschiedung von Gesetzen, die solche Gesundheitsüberprüfungen in mehreren amerikanischen Staaten verlangten, verstärkte die Attraktion einer entsprechenden Gesetzgebung für Deutschland gerade bei den Progressiven beträchtlich. Allerdings traten in den Vorkriegsjahren weder die Eugeniker noch die eugenisch argumentierenden Feministinnen für ein Heiratsverbot als Resultat dieser Überprüfungen ein; sie drängten vielmehr auf Erziehungsprogramme, die die Wichtigkeit eines aufgeklärten und verantwortungsvollen Sexualverhaltens unterstrichen.²²

Zwar stimmten Eugeniker und Feministinnen hinsichtlich der Bedeutung von Erziehung als Vorbeugung gegen Geschlechtskrankheiten überein, aber hinsichtlich des Inhalts, der Ziele und der Reichweite einer solchen Erziehung unterschieden sie sich deutlich. Beispielsweise beschränkten sich Schallmeyers Vorschläge auf Vorträge über die Gefahren sexueller Promiskuität für heranwachsende Jungen; da er aber bezweifelte, daß eine solche Abschreckungstaktik zu wirksamer Kontrolle des angeblich unbeherrschbaren männlichen Geschlechtstriebes führen könne, empfahl er außerdem soziale und ökonomische Reformen. die Männer dazu ermutigen sollten, früh zu heiraten. Die Radikalen des Bundes für Mutterschutz traten dagegen vehement für ein Sexualerziehungsprogramm für Schulkinder beiderlei Geschlechts ein, das nicht die Gefahren, sondern die positiven Aspekte der Sexualität betonen sollte. Ein solcher Lehrplan, führte Henriette Fürth aus, wäre zum Vorteil beider, der Mütter und ihrer Kinder, da er sie lehrte, »daß jeder Mensch streben müsse, sich so auszubilden, an Geist und Leib so stark, schön und vollkommen zu werden, daß er, herangewachsen, würdig sei, der Träger einer neuen und besseren Generation zu werden«. Diese Vorstellung fand Ausdruck in einer vom Bund für Mutterschutz an den Reichstag gerichteten Petition, die die Einrichtung von Sexualerziehung für alle Altersgruppen und beide Geschlechter in den Schulen forderte. Diese, für die damalige Zeit sehr gewagte Petition blieb offensichtlich ohne Antwort und 1920 stellte Henriette Fürth mit Bedauern fest, daß wenig mehr als ein paar Vorträge für Abiturienten zustandegekommen waren.²³

Aber was war mit den Individuen, die trotz dieser Erziehung in der »generativen Ethik« nicht überzeugt werden konnten? Die Feministinnen schienen beunruhigt durch die Vorstellung, die Eugeniker könnten schließlich doch recht haben: die Weigerung der »tüchtigsten« Frauen, Kinder zu gebären – trotz aller Ermutigung –, könnte tatsächlich die Qualität der neuen Generation gefährden. Da ihre gesamte Argumentation auf der Prämisse aufbaute, die richtig verstandenen Interessen der einzelnen Frau seien mit den Interessen der Gesellschaft als ganzer identisch, waren die Radikalen wenig darauf vorbereitet, mit möglichen Konflikten zwischen diesen Interessen umzugehen. Ihre Einstellung zu Frauen, die zur Mutterschaft befähigt waren, sie aber verweigerten, war ambivalent und mißbilligend. Helene Stöcker war darauf bedacht klarzustellen, daß ihre Befürwortung einer Legalisierung der Abtreibung nicht die Billigung von Abtreibungen lediglich aus »selbstsüchtigen« Gründen impliziere. Henriette Fürth gestand zwar zu,

daß beruflicher Ehrgeiz oder »perverses Geltungsbedürfnis« einzelne Frauen von der Mutterschaft abhalten könne, beschrieb aber den Drang zur Mutterschaft als Teil der »Lebens- und Ewigkeitssuche« nahezu jeder gesunden Frau, »die nur in einem gesunden Nachwuchs ihre Erfüllung finden kann«.²⁴

Noch problematischer war der Fall einer »untauglichen« Mutter, die sich dennoch zur Mutterschaft entschied. Der Ausschluß der »Untauglichen« von der Reproduktion war eine Grundforderung beider Flügel der Eugenikbewegung. Die Eugeniker waren der Auffassung, der durch die moderne Sozialfürsorge, die »geschädigten Individuen das Überleben ermöglichte, angerichtete genetische Schaden könne nur durch eine Politik ausgeglichen werden, die diese Individuen davon abhielte oder abschreckte, ihre unerwünschten Erbmerkmale auf zukünftige Generationen zu übertragen. Historiker, die sich mit Deutschland beschäftigen, betrachten die Übernahme dieser Vorstellung durch Feministinnen als herausragendstes Zeichen ihrer rechten und proto-faschistischen Tendenzen. Ohne die spätere Bedeutung der eugenischen Sterilisation in der Ideologie und der Praxis der Nationalsozialisten zu bestreiten, müssen wir dennoch anerkennen, daß sie in der Vorkriegsära für gewöhnlich nicht als eine rechte Vorstellung angesehen wurde; ganz im Gegenteil, sie wurde von Linken oder Progressiven unterstützt und von Konservativen angegriffen. Die wesentlichste Anregung erhielten die deutschen Eugeniker aus Amerika, wo mehrere Staaten im Jahre 1914 Gesetze in Kraft gesetzt hatten, die die Sterilisation von Personen verlangten, die unter Krankheiten litten, von denen man glaubte, sie seien erblich – so zum Beispiel »Schwachsinn«, chronischer Alkoholismus und verschiedene Formen von Geisteskrankheit. Wie Stephen Jay Gould festgestellt hat, wurden diese Gesetze hauptsächlich von Progressiven unterstützt, für die sie beispielhaft für den heilsamen Einfluß des wissenschaftlichen Fortschritts auf die öffentliche Politik waren: Opposition kam hauptsächlich von traditionellen Christen. Prominente Sprecher der deutschen Eugenikbewegung wie Schallmeyer und Ploetz beklagten, daß die öffentliche Meinung in Deutschland noch nicht bereit sei, Zwang zu akzeptieren; sie traten daher dafür ein, die freiwillige Enthaltsamkeit unter den »Untauglichen« zu fördern; diese könnten gedrängt werden, sich im Interesse der generativen Ethik der Sterilisation zu unterziehen. In einem Vortrag vor der Deutschen Gesellschaft für Rassehygiene im Jahre 1914 zum Beispiel benutzte der Redner die hohen sozialen Kosten, die der Unterhalt »Minderwertiger« erfordere, als Rechtfertigung für die Zwangsinternierung dieser Menschen, um sie von der Fortpflanzung abzuhalten.²⁵

Obwohl die Positionen der deutschen radikalen Feministinnen zu diesen Themen teilweise auf den gleichen wissenschaftlichen und philosophischen Positionen beruhten wie die der Eugeniker, unterschieden sie sich doch in wesentlichen Aspekten. Der bemerkenswerteste Unterschied zeigte sich darin, daß ihr Appell an den Staat, die Verbreitung von Erbkrankheiten zu verhindern, ihnen als Rechtfertigung für eine Legalisierung von Verhütungsmitteln bzw. der Abtreibung diente. Die Entwicklung moderner Mittel zur Geburtenkontrolle, versicherte Helene Stöcker, erlaube einen weit höheren Standard reproduktiver Verantwortung als früher: es gäbe Fälle, »wo ein Kind ein Verbrechen sein würde«. Im Gegensatz zum überwiegenden Teil der Eugeniker, die Verhütungsmittel meist nur

für die »Untauglichen« empfahlen, benutzten die Feministinnen die Verhinderung von Erbkrankheiten als Argument für ihre Forderung, Verhütungsmittel müßten der gesamten Bevölkerung zugänglich sein. Darüberhinaus begründeten sie mit demselben Argument die Legalisierung der Abtreibung als eines Mittels zur Übernahme freiwillig geübter Verantwortung gegenüber der Nachkommenschaft. Auch Sterilisation verstanden sie vor allem als eine Entscheidung, die all denen offenstehen sollte, die die Übertragung bestimmter Erbmerkmale vermeiden wollten. Gleichwohl bewunderten einige Feministinnen manche Aspekte der amerikanischen Gesetzgebung; Adele Schreiber und Henriette Fürth meinten beide, daß die Sterilisation in manchen Fällen zwingend sein solle. Die ethischen Argumente, die solche Maßnahmen, die Henriette Fürth als »schweren Eingriff in die Persönlichkeitsrechte« beschrieb, rechtfertigen, waren in dem Versuch begründet, die Rechte des Individuums gegen die der gesamten Gesellschaft abzuwägen. »Was ist unsittlicher«, fragte Henriette Fürth, »einem Kranken oder sonstwie unheilbar Entarteten zu gestatten, daß er zahlreiche Nachkommen in die Welt setze, oder aber ihm zwar das Recht auf Geschlechtsverkehr, nicht aber auf Fortpflanzung zuzuerkennen?« Die Argumentationen der Feministinnen, von denen die meisten starke sozialistische Sympathien hatten, beruhten weitaus weniger auf Klassenvorurteilen als die der meisten Eugeniker, und nur wenige Argumente beider Flügel der Bewegung waren in einem Antisemitismus begründet, wie er später bei den Nationalsozialisten zum Tragen kam. Dennoch deckten diese Vorschläge die entscheidenste ethische und politische Schwäche der feministischen Positionen auf – einen Eifer, individuelle und gesellschaftliche Interessen zu versöhnen, der mögliche Konflikte und Probleme übersah. Unerfahren mit den praktischen Konsequenzen von Gesetzen zur Zwangssterilisation, befassten sie sich nicht genügend mit dem, was wir heute als das Kemproblem begreifen: wie und von wem solche Gesetze durchgeführt würden. Außerdem enthüllen diese Vorstellungen die unaufgelösten Widersprüche in ihrer Auffassung vom Staat, den sie als Feministinnen eher als Bollwerk patriarchalischer Unterdrückung, als Sozialreformerinnen jedoch als Agenten des Fortschritts betrachteten. Dennoch kann diese viel zu optimistische Auffassung des Staates keinesfalls als ein spezifisch deutscher Irrtum, symptomatisch für eine spezifisch deutsche autoritäre Tradition, verstanden werden. Wie die amerikanischen Beispiele zeigen, waren in vielen westlichen Gesellschaften zu iener Zeit die gleichen Einstellungen unter Reformern, sogar unter überzeugten Liberalen weit verbreitet (das berühmteste Beispiel ist Oliver Wendell Holmes, Richter am Obersten Gerichtshof der Vereinigten Staaten).²⁶

Feminismus und Eugenik in historischer Perspektive

Die Geschichte der deutschen radikalen Feministinnen und ihres Experimentierens mit einer feministischen, auf den Prinzipien der damaligen sozial-radikalen Eugenikbewegung beruhenden Programmatik hat unter heutigen HistorikerInnen viele Fragen aufgeworfen. Warum übernahmen die Radikalen diese Argumentationen? Und wie wirkten sich ihre Aktivitäten auf die Geschichte der deutschen

Frauenbewegung, auf Theorie und Praxis des westlichen Feminismus und auf die Geschichte Deutschlands insgesamt aus? Um diese Fragen zu beantworten, müssen wir, so meine ich, eine wesentliche Prämisse überprüfen, auf der auch die heutige Interpretation der Geschichte der Frauen weitgehend beruht. Der britische Historiker Richard Evans macht diese Beurteilung explizit: »das einzige Prinzip, auf das man ein Argument für gleiche Rechte oder für die Beseitigung auf Geschlechtszugehörigkeit beruhender Ungerechtigkeiten stützen kann«, behauptet er, »ist das des gleichen Rechts der Frauen als... Individuen.« Für Evans und manche andere Historiker erscheint eine nicht hauptsächlich auf individuellen Rechten, sondern auf dem Beitrag der Frauen zur Familie, zur Gesellschaft oder zum Staat beruhende feministische Theorie (die die Historikerin Karen Offen als »relationale« Argumentation bezeichnet hat) letztlich als ein Verrat am Feminismus und im Falle der deutschen Radikalen als Ausdruck typisch deutscher, autoritätsgebundener und dirigistischer Denkweisen, die dem Totalitarismus den Weg bahnten.²⁷

Aber ihr Insistieren auf einer individualistischen Bestimmung des Feminismus wirft viele Probleme auf, wenn man die Tatsache zur Kenntnis nimmt, daß im neunzehnten und frühen zwanzigsten Jahrhundert viele, möglicherweise die meisten gerade der eloquentesten Verfechterinnen eines verbesserten Status für Frauen, wie die hier diskutierten deutschen Feministinnen, individualistische und »relationale« Argumente zwanglos verbanden und keinen notwendigen Widerspruch zwischen ihnen sahen. Eine Reaktion heutiger HistorikerInnen auf solche Vorstellungen drückt sich in dem Titel einer oft zitierten Anthologie – »Listen der Ohnmacht« – aus, die den Gebrauch von Argumentationen, welche auf der Mutter- oder Familienrolle basieren, vor allem als eine strategische Konzession an männliche Vorurteile interpretiert, die angeblich die »in Wirklichkeit« individualistische Intention verschleiern soll. Sicher ist diese Theorie nützlich für das Verständnis der Ideen und Strategien der deutschen Feministinnen, über die wir hier diskutieren. Auf Grund ihrer untergeordneten Position innerhalb einer patriarchalischen Kultur sind Frauen selten in der Lage, einen eigenständigen Diskurs zu schaffen und müssen oft in einem von Männern definierten Idiom sprechen, einfach um gehört zu werden. Allein auf dem Recht der Frauen als Individuen beruhende Argumente für reproduktive Rechte und Familienreformen wurden im Wilhelminischen Deutschland zurückgewiesen oder unterdrückt. Argumente, die die kollektivistische Rhetorik der Eugenikbewegung aufnahmen, hatten eine sehr viel größere Chance, gehört zu werden. Dennoch hat diese Theorie auch ihre Grenzen; viele Positionen der sich auf Eugenik berufenden deutschen Feministinnen hatten ganz offensichtlich nicht die Intention zu beschwichtigen, sondern wollten überkommene Stereotype von weiblichen Wesen und Verhalten gerade herausfordern. Wie Amy Hacketts Bemerkungen über die geradezu »religiöse« Inbrunst von Helene Stöckers Glauben an die Eugenik belegen, gibt es auch keinen Grund anzunehmen, daß sie oder ihre Kolleginnen hauptsächlich von Zweckmäßigkeitsüberlegungen ausgingen. Sie glaubten vielmehr tatsächlich, daß die Eugenik, wenn sie erst einmal von männlichen Vorurteilen befreit sei, eine Vermittlung der Ziele von Frauen mit einem umfangreichen Programm sozialer Reformen herstellen könnte, das der Frauenbewegung eine neue Ära von Kooperation zwischen Männern und Frauen eröffnen würde. »Von vornherein wird es nicht heißen – hie Mann, hie Weib! – sondern – hie Mensch!«, schrieb Henriette Fürth, und Helene Stöcker sah dem Tag entgegen, wenn »Mann und Frau sich nicht mehr als Feinde gegenüberstehen, sondern... anfangen zu begreifen, daß der eine Teil sich nicht wahrhaft entwickeln kann auf Kosten des andern«. Wir können aus unserer Perspektive den übertriebenen Optimismus dieses Glaubens kritisieren, aber wir können nicht den ehrlichen und echten Idealismus leugnen, der sich mit ihm verband.²⁸

Die auf der Eugeniktheorie basierenden Argumentationen waren in der Tat kollektivistisch oder »relational«, aber können wir sie deshalb als Abweichung von irgendeiner hypothetischen, in Deutschland und anderswo angeblich existenten individualistischen Hauptrichtung innerhalb des sexualpolitischen Diskurses der Frauenbewegung abtun? Im Gegenteil, wir müssen anerkennen, daß die westlichen Frauenbewegungen ihre sexualpolitischen Positionen in Reaktion auf die Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts über die »Bevölkerungskrise« geführte Debatte entwickelten. Die meisten dieser Positionen waren daher von dem kollektivistischen Diskurs der damaligen Zeit durchdrungen. Das galt nicht nur für Deutschland, sondern auch für die angloamerikanische Welt, die Karen Offen als Heimat des individualistischen Feminismus charakterisiert hat. Um nur ein prominentes Beispiel anzuführen, die Amerikanerin Margaret Sanger, allgemein als Gründerin der amerikanischen Bewegung für Geburtenkontrolle angesehen, deren Politik sie auch weitgehend bestimmte, war tief beeinflußt von der Eugenikbewegung und zog, wie sie uns in ihrer Autobiographie mitteilt, für den Namen ihrer Bewegung die Begriffe »Geburtenrate-Kontrolle«, »Bevölkerungskontrolle« und »Rassenkontrolle« in Betracht, bevor sie sich auf »Geburtenkontrolle« festlegte. Tatsächlich zeigen Untersuchungen dieser Bewegungen in Amerika und England, daß während dieser Zeit nur sehr wenige Verfechterinnen reproduktiver Rechte – selbst unter glühenden Feministinnen – ihre Argumente allein auf ein individuelles Recht der Frauen stützten, ohne auf das Wohl von Familie, Staat und »neuer Generation« Bezug zu nehmen. Überdies war der scheinbar illiberalste Aspekt des Programms der deutschen Feministinnen, ihre Befürwortung der Zwangssterilistion, eher durch amerikanische, in intellektuellen Kreisen weitgehend für human und progressiv gehaltene Praktiken angeregt, als daß irgendeine deutsche rassistische oder autoritäre Tradition für sie bestimmend wäre. Es gibt keinen Grund, die hier diskutierten deutschen Feministinnen als typische Vertreterinnen irgendeiner spezifisch deutschen Tendenz zu autoritären, dirigistischen oder illiberalen Einstellungen zu charakterisieren.²⁹

Tut man diese Argumentationen einfach als nicht stichhaltig und selbstzerstörerisch ab, so übersieht man überdies ihre erhebliche Bedeutung für die langfristige Geschichte feministischer Ideen in Deutschland und anderswo. Viele HistorikerInnen haben spekuliert, daß die Entwicklung neuer Techniken zur Geburtenkontrolle im späten neunzehnten und frühen zwanzigsten Jahrhundert einen entscheidenden Wendepunkt im Kampf der Frauen um Verbesserung und Kontrolle ihrer Lebensbedingungen bedeutete. Die Argumentationen der deutschen Radikalen stellen einen der frühesten Versuche dar, die Auswirkung dieser neuen Techniken auf das Leben der Frauen bzw. die Wahlmöglichkeiten, die sie eröff-

nen, einzuschätzen und für die Frauenbewegung umzusetzen. Der von der Eugenikbewegung gebotene Kontext war für diese Einschätzung sehr wichtig, da die Eugeniktheorie durch die Betonung der gesellschaftlichen Relevanz des reproduktiven Verhaltens sowohl ein Vokabular als auch eine Rechtfertigung für die öffentliche Diskussion bislang für privat erachteter und unter Tabu stehender Themen lieferte. Der wichtigste Beitrag der Radikalen bestand möglicherweise darin, daß sie diese, vom überwiegenden Teil der sozialistischen und bürgerlichen Frauenbewegung vorher ängstlich vermiedenen Themen in den allgemeinen Diskurs der Frauenbewegung einbrachten. Die anfängliche Reaktion der Mehrheit war – wie voraussehbar – feindselig; Helene Lange, die prominenteste Vertreterin der gemäßigten Frauenbewegung, verurteilte die Radikalen des Bundes für Mutterschutz für ihre Kritik an der Ehe, obwohl sie ihre Forderungen nach erweitertem Mutterschaftsschutz und gesetzlichem Schutz für uneheliche Kinder unterstützte. Die Ersetzung Marie Stritts durch Gertrud Bäumer als Präsidentin des Bundes deutscher Frauenvereine im Jahre 1910 signalisierte die Zurückweisung einer radikalen Sexualpolitik durch diese Organisation. Aber welche Meinung die verschiedenen Organisationen auch vertraten, die deutsche Frauenbewegung war gezwungen sich mit diesen Themen, die im feministischen Denken und in der feministischen Praxis einen zunehmend wichtigeren Platz einzunehmen begannen, auseinandersetzen. Wie Atina Grossmann und andere herausgestellt haben, wurde die Verknüpfung von Eugeniktheorie und Reproduktionsthemen von den Feministinnen der 20er Jahre stark hervorgehoben; Linda Gordon weist auf die Popularität dieser Vorstellungen unter den amerikanischen BefürworterInnen der gleichen Zeit hin. 30

Die Geschichte der deutschen Radikalen trägt auch zu der gegenwärtigen Neueinschätzung der deutschen Eugenik bei, die frühere Auffassungen, die diese Bewegung lediglich als Etappe eines deutschen, im Nationalsozialismus gipfelnden Sonderweges verstanden, in Frage stellt. Natürlich teilen die deutschen radikalen Feministinnen manche der wissenschaftlichen Fehlkonzeptionen und einige Angste und Vorurteile, die später ein für den Nationalsozialismus empfängliches kulturelles Klima schufen. Ihre Kritik an der patriarchalischen Familie, ihr Glaube an die Möglichkeit, Beruf und Mutterschaft zu verbinden, und ihre Vorstellung von weiblicher Individualität trennen sie dennoch sowohl von der in jener Zeit vorherrschenden Eugenikbewegung als auch von den Nationalsozialisten. Überdies waren sie unter den ersten, die vor den Konsequenzen warnten, die einige der auf Zwang beruhenden, inhumanen und misogynen Vorstellungen der herrschenden Eugenikbewegung für die Frauen haben würden, Vorstellungen, die später die Basis nationalsozialistischer Politik bildeten. Die Nationalsozialisten setzten viele Vorstellungen der damaligen Eugenikbewegung in Praxis um, einschließlich der Familienzulagen für Väter, der Einschränkungen von Ausbildungsmöglichkeiten für Frauen und härterer Strafen für Abtreibung, Auch ehrten sie einige Mitglieder dieser Richtung der Eugenikbewegung, auch Agnes Bluhm die 1940 die Goethepreis erhielt. Die Feministinnen – zum Beispiel Helene Stöcker, die gezwungen wurde, das Land zu verlassen, und Henriette Fürth, die bis zu ihrem Tode im Jahre 1937 in Isolation lebte - verurteilten sie zum Schweigen oder zum Exil.³¹ (Aus dem Amerikanischen übersetzt von Xenia Rajewsky)

Anmerkungen

- 1 S.R. Steinmetz, »Feminismus und Rasse«, in: Jahrbuch für Sozialwissenschaften, 1904, S. 763.
- Vgl. insbesondere die Interpretation von Richard Evans, The Feminist Movement in Germany, London 1976, S. 145-175.
- Beurteilungen des Standpunkts der deutschen (radikalen) Ferninistinnen zu Eugenikfragen finden sich bei Richard J. Evans, The Feminist Movement in Germany, a.a.O., S. 169; Marie-Luise Janssen-Jurreit, »National-Biologie, Sexualreform und Geburtenrückgang über den Zusammenhang von Bevölkerungspolitik und Frauenbewegung um die Jahrhundertwende«, in Gabriele Dietze (Hrsg.), Die Überwindung der Sprachlosigkeit: Texte aus der neuen Frauenbewegung, Darmstadt/Neuwied 1978, S. 30; Heinz Niggemann, Emanzipation zwischen Sozialismus und Feminismus, Wuppertal 1981, S. 271. Zu Helene Stöckers Ansicht zur Eugenik vgl. Amy Hakkett, »Helene Stöcker; Left-Wing Intellectual and Sex Reformer«, in Renate Bridenthal, Atina Grossmann und Marina Kaplan (eds.), When Biology Became Destiny: Women in Weimar and Nazi Germany, New York 1984, S. 119; Heide Soltau, »Erotik und Altruismus: Emanzipationsvorstellungen der Radikalen Helene Stöcker«, in Jutta Dalhoff, Uschi Frey und Ingrid Scholl (Hrsg.), Frauenmacht in der Geschichte, Düsseldorf 1986, S. 73; Heide Schlüpmann, »Radikalisierung der Philosophie: Die Nietzsche-Rezeption und die sexualpolitische Publizistik Helene Stöckers«, in Feministische Studien, 3. Mai. 1984, S. 10-34.
- 4 Zu neuen Interpretationen der Eugeniktheorie vgl. insbesondere Sheila Faith Weiss, Race, Hygiene and National Efficiency: the Eugenics of Wilhelm Schallmayer, Berkeley, California 1987, S. 90-125.
- Vgl. Ann Taylor Allen, »Mothers of the New Generation: Adele Schreiber, Helene Stöcker and the Evolution of a German Idea of Motherhood«, in: Signs, 10, Spring 1985, S. 419-420. Zur Definition der Begriffe »mainline« und »social-radikal« (»sozial-radikal«) vgl. Daniel J. Kevles, In the Name of Eugenics: Genetics an the Uses of Human Heredity, New York 1985, S. 57-90. [Im vorliegenden Artikel werden die Begriffe Eugenik bzw. eugenisch als kennzeichnend für die Rhetorik beider Richtungen der Eugenikbewegung gebraucht. Tatsächlich wurden von beiden Richtungen auch die Begriffe Rassenhygiene bzw. rassenhygienisch verwendet. Erst in den zwanziger Jahren begann sich der Gebrauch dieser Begriffe entsprechend der politischen Richtung zu unterscheiden: die Rede von Rassenhygiene wurde typisch für rechte Positionen. Vgl. dazu Gisela Bock, Zwangssterilisation im Nationalsozialismus: Studien zur Rassenpolitik und Frauenpolitik, Wiesbaden 1986, S. 69 f. A.d. Red.]
- Francis Galton wird von D.J. Kevles, In the Name of Eugenics, a.a.O., S. IV, zitiert. Zur frühen Geschichte der Eugenikbewegung in Deutschland vgl. Hans-Guenther Zmarzlik, »Social Darwinism in Germany seen as a Historical Problem«, in Hajo Holborn (Hrsg.), From Republic to Reich: the Making of the Nazi Revolution, New York 1972, S. 435-474...; Hedwig Conrad Martius, Utopien der Menschenzüchtung: Der Sozialdarwinismus und seine Folgen, München 1953, und Alfred E. Kelly, The Descent of Darwin: The Popularization of Darwinism in Germany, 1860-1914, Chapel Hill 1981. Keines dieser Werke gibt mehr als einen beiläufigen Hinweis auf die Reaktion der Feministinnen auf die in ihnen diskutierten Themen. Zur Beziehung von Eugenik und Rassismus in dieser Zeit vgl. Loren R. Grahams erhellenden Artikel »Science and Values in the Eugenics Movement in Germany and Russia in the 1920 's«, in: American Historical Review, 89, Juni 1984, S. 648-676.
- Alexander Tille, Von Darwin bis Nietzsche: Ein Buch der Entwicklungsethik, Leipzig 1895, S. 231; Helene Stöcker, »Liebesbrief einer modernen Frau«, unveröffentlichtes Manuskript, Helene Stöcker Papers, Swarthmore Peace Collection. Zu der Beziehung zwischen Helene Stöcker und Alexander Tille vgl. A. Hackett, Helene Stöcker, S. 112-114. Zur Bedeutung, die der Wechsel von der Milieu- zur Vererbungstheorie für den Status von Frauen hatte, vgl. Linda Gordon, Woman's Body, Woman's Right: A Social History of Birth Control in America, New York 1976, S. 135. Als Beispiel für eine sozialistische Position zu denselben Fragen vgl. Alfred Grotjahn, Geburtenrückgang und Geburtenregelung, Berlin 1914, S. 275-288.
- 8 Zu Evolutionstheorien, die vor allem die Kooperation, weniger den Konkurrenzkampf betonten, vgl. Alfred E. Kelly, Descent of Darwin, a.a.O., S. 35-36, und Linda L. Clark, Social Darwinism

in France, University of Alabama 1984, S. 76-89. Zur Diskussion der Eugentiktheorie in England vgl. Bernard Semmel, Imperialism and Social Reform: English Social-Imperial Thought, 1895-1914, Cambridge, Mass., 1950, S. 29-52; Havelock Ellis, Geschlecht und Gesellschaft, Leipzig 1922, S. 285-329 (das Zitat findet sich auf Seite 291); zum Hintergrund seines Denkens vgl. Paul Robinson, The Modernization of Sex, New York 1971, S. 1-4.

- 9 Zu den Ansichten Gilmans vgl. Mary A. Hill, Charlotte Perkins Gilman: The Making of a Radical Feminist, 1890-1895, Philadelphia 1980, S. 259-282. Zu Ellen Keys Ansichten zur Eugenik vgl. ihr Buch Über Liebe und Ehe, Berlin 1911, S. 152-183; zu Ellen Key und ihren Vorstellungen vgl. Ronald de Angelis, Ellen Key: A Biography of the Swedish Social Reformer, unveröffentl. Diss., University of Connecticut, University Microfilms, 1970. Zur umweltzentrierten Argumentation in der sozial-radikalen Eugenikbewegung vgl. D.J. Kevles, In the Name of Eugenics, a.a.O., S. 65-66.
- 10 Lily Braun formuliert ihre Position in ihrer Einleitung zu Adele Schreiber (Hrsg.), Mutterschaft: Ein Sammelwerk für die Probleme des Weibes als Mutter, München 1912, S. 1-4. Eine ausführlichere Diskussion der Position Lily Brauns zu Mutterschaft und Karriere findet sich bei Alfred Meyer, The Feminism and Socialism of Lily Braun, Bloomington 1985, S. 128-145.
- 21 Zu Helene Stöckers Entscheidung, sich im Bund zu engagieren, vgl. ihre unveröffentlichte Autobiographie »Lebensabriss«, die sich in den Helene Stöcker Papieren in der Swarthmore Peace Collection am Swarthmore College befindet. Zur Gründung und ziemlich komplexen Geschichte des Bundes vgl. R.J. Evans, Feminist Movement, a.a.O., S. 115-144; Barbara Greven-Aschoff, Die bürgerliche Frauenbewegung in Deutschland, 1894-1933, Göttingen 1981, S. 66-69; Christl Wickert, Brigitte Hamburger und Marie Lienau, »Helene Stöcker and the Bund für Mutterschutz«, in: Women's Studies International Forum 5, 1982, S. 611-618; Bernd Nowacki, Der Bund für Mutterschutz, 1905-1933, Husum 1983; und Heide Schlüpmann, »Radikalisierung der Philosophie« a.a.O..
- 12 Zum biologischen Wert sozialer Gleichheit (unter Männern) vgl. besonders Alexander Tille, Darwin, a.a.O., S. 86-87; zur Gefahr ökonomischer Unabhängigkeit von Frauen vgl. S.R. Steinmetz, »Femimismus und Rasse«, a.a.O., S. 746.
- 13 Vgl. Henriette Fürth, Staat und Sittlichkeit, Leipzig 1912, S. 15-25; Helene Stöcker, »Malthusische Frauenliga«, MS, 1905, S. 125; Lily Braun, Die Mutterschaftsversicherung: ein Beitrag zur Frage der Fürsorge für Schwangere und Wöchnerinnen, Berlin 1906, S. 20-25; über Adele Schreibers Vortrag wurde in den Dresdner Nachrichten, 29. Nov. 1904, berichtet.
- 14 Vgl. »Bund für Mutterschutz« in: Archiv für Rassen- und Gesellschaftsbiologie, 1904, S. 164 (von hier an ARGB); die Minderwertigkeit unverheirateter Mütter wird von Alfred Ploetz in »Mutterschutz und Rassenhygiene«, ARGB, 1909, S. 134 diskutiert. Zu der üblichen Auffassung der Promiskuität als Erbmerkmal vgl. D.J. Kevles, In the Name of Eugenics, a.a.O., S. 99, und Henriette Fürth, Staat und Sittlichkeit, a.a.O., S. 55.
- 15 Zu einer allgemeinen Diskussion eugenischer Argumente gegen Berufsarbeit von Frauen in den Vereinigten Staaten vgl. L. Gordon, Woman's Body, Woman's Right, a.a.O., S. 148-156; zum gleichen Argument in England vgl. R.D. Soloway, Birth Control, a.a.O., S. 146-148. S.R. Steinmetz, »Feminismus und Rasse«, a.a.O., S. 758; J. Grassl, »Zur Frage der Fruchtfähigkeit und der Mutterschaft«, ARGB, 1905, S. 502; A. Grotjahn, Geburtenrückgang, a.a.O., S. 322-323.
- 16 Zu Ellen Keys Theorie der »mißbrauchten Frauenkraft« vgl. Kay Goodman, »Motherhood and Work: The Concept of the Misuse of Women's Energy, 1895-1905«, in: Ruth-Ellen Boetcher-Joeres an Mary Joe Maynes (eds.), German Women in the Nineteenth Century: A Social and Literary History, Bloomington 1986, S. 110-135; Helene Stöcker, »Die neue Mutter«, in: Die Liebe und die Frauen, Minden in Westf. 1906, S. 83; Henriette Fürth, »Mutterschaft und Beruf«, in: Die neue Generation (von hier an NG), 1908, S. 102; Adele Schreiber, »Heiratsbeschränkungen, NG, 1909, S. 211; Lily Braun, Mutterschaftsversicherung, a.a.O., S. 23; vgl. auch Alfred Meyer, The Femism and Socialism of Lily Braun, Bloomington 1985, S. 132-134.
- 17 W. Schallmeyer, Vererbung, a.a.O., S. 355-359; Agnes Bluhm, »Zur Frage nach der generativen Tüchtigkeit der deutschen Frauen und der rassehygienischen Bedeutung der ärztlichen Geburtshilfe«, ARGB, 1912, S. 454-474; Schallmeyers Einstellung zur Sozialversicherung wird von Agnes Bluhm in »Die soziale Versicherung im Lichte der Rassenhygiene«, ARGB, 1916-1918, S. 15, diskutiert.

- 18 Der Text der Petition aus dem Jahre 1907 findet sich im Nachlaß, Bd. 29, von Adele Schreiber. Zur Geschichte der Mutterschaftsversicherung in Deutschland vgl. unter anderem Alfons Fischer, Die Mutterschaftsversicherung in den europäischen Ländern, Leipzig 1911, und Henriette Fürth, Mutterschaftsversicherung, Jena 1911. Der Text des neuen Gesetzes ist abgedruckt in der Reichsversicherungsordnung vom 19. Juli 1911, München 1914, S. 195-200. Vgl. auch Alfred Meyer, Lily Braun, a.a.O., S. 66-68.
- Verschiedene Versionen dieses neuen Gesetzes: »Gesetz gegen die Verhinderung der Geburten«, sind in Reichstag, S. 443, »Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit und des Geburtenrückgangs«, archiviert im Zentralen Staatsarchiv Potsdam (ZSTA Potsdam), abgedruckt; W. Schallmeyer, Vererbung, a.a.O., S. 355; F. Siebert, »Der Neumalthusianismus und die öffentliche Ankündigung der Verhütungsmittel«, ARGB, 1912, S. 491; E. Rudin, Rezension von Gisela von Streitberg, Das Recht zur Beseitigung keimenden Lebens, ARGB, 1903, S. 602; Agnes Bluhm, Die Strafbarkeit der Vernichtung des keimenden Lebens vom Standpunkt des Mediziners, Dresden 1909, S. 6; Stenographischer Bericht, Haus der Abgeordneten, 34. Sitzung, 13. Februar 1914; Henriette Fürth, Die Frauen und die Bevölkerungs- und Schutzmittelfrage«, Nachdruck des Archivs für soziale Hygiene und Demographie, im Nachlaß von Henriette Fürth, archiviert im Internationaal Instituut voor sociale Geschiedenis, Amsterdam.
- 20 Maria Stritt wird zitiert in Helene Stöcker, »Vom Neumalthusianerkongreß in Dresden«, in Neue Gesellschaft (NG), 1911, S. 48; Henriette Fürths Position zur Abtreibung ist in Staat und Sittlichkeit, Leipzig 1912, S. 49 enthalten; zu Lily Brauns Position vgl. A. Meyer, Lily Braun, a.a.O., S. 136-137; zur Diskussion der Positionen in der gesamten Frauenbewegung zu diesem Thema vgl. R. Evans, Feminist Movement, a.a.O., S. 145-158, und Greven-Aschoff, Die Bürgerliche Frauenbewegung, a.a.O., S. 107-109. Zum Standpunkt der Neomalthusianer vgl. R.A. Soloway, Birth Control, a.a.O., S. 172-174. Zu Havelock Ellis' Position vgl. H. Ellis, Geschlecht und Gesellschaft, a.a.O., S. 305-312.
- 21 Für eine weitere Diskussion der Positionen von H. Stöcker und A. Schreiber zur Abtreibung und Verhütung vgl. A. Hackett, »Helene Stöcker«, a.a.O., S. 115 und A.T. Allen, »Mothers of the New Generation«, a.a.O., S. 432.
- 22 Zur gesetzlichen Verankerung einer vorehelichen Gesundheitsüberprüfung vgl. W. Schallmeyer, Vererbung, a.a.O., S. 386; Helene Stöcker, »Unsere erste Generalversammlung«, MS, 1907, S. 78.
- 23 Zur Sexualerziehung vgl. W. Schallmeyer, Vererbung, a.a.O., S. 367; Henriette Fürth, Die geschlechtliche Aufklärung in Haus und Schule, Leipzig 1903, S. 23; die Petition des Bundes für Mutterschutz, »Einfügung der geschlechtlichen Belehrung in dem Schuluntericht« befindet sich im Adele Schreiber Nachlaβ, Bd. 29; Kommentare Henriette Fürths zur Wirkung der Petition sind enthalten in H. Fürth, Die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten als bevölkerungspolitisches, soziales und ethisches Problem, Frankfurt 1920, S. 44.
- 24 Helene Stöcker, »Leitsätze zum Referat von Dr. phil. Helene Stöcker, Hamburg 1909«, unveröffentlichtes Manuskript im A. Schreiber Nachlaβ, Bd. 17; H. Fürth, Kulturideale und Frauentum, a.a.O., S. 15.
- Die in der Eugenikbewegung verbreiteteste Begründung für die Sterilisation aus eugenischen Gründen wurde von Alfred Ploetz formuliert. Eine genaue Zusammenfassung seiner Position findet sich in A. Ploetz, »Ableitung einer Gesellschaftshygiene und ihrer Beziehung zur Ethik«, ARGB, 1906, S. 253-259; zu den amerikanischen Maßnahmen vgl. Stephen Jay Gould, »Carrie Buck's Daughter«, in The Flamingo's Smile: Reflections in Natural History, New York 1985, S. 306-318; zur Haltung der Preußischen Regierung zu eugenischen Maßnahmen, einschließlich der Sterilisation vgl. Paul Weindling, »Weimar Eugenics: The Kaiser Wilhelm Institute for Anthropology, Human Heredity and Eugenics in Social Context«, in Annals of Science, 42, 1985, S. 304; zur Unratsamkeit von Gesetzen zur Zwangssterilisation in Deutschland vgl. W. Schallmeyer, Vererbung, a.a.O., S. 402-407. J. Kaup hielt vor der Deutschen Gesellschaft für Rassehygiene den Vortrag »Was kosten die Minderwertigen den Staat?«, abgedruckt in ARGB, 1914, S. 723-748.
- 26 Adele Schreibers Rede ist abgedruckt in Die Zeitung, Düsseldorf, 11. Februar 1912; Helene Stöcker, »Von neuer Ethik«, MS, 1905, S. 9-10; Henriette Fürth, Staat und Sittlichkeit, a.a.O., S. 46; Oliver Wendell Holmes' Ansicht 1927 in Buck vs. Bell, wo er ein Gesetz des Staates Virginia

billigte, das die Sterilisation geistig Zurückgebliebener zuließ, wird von S.J. Gould in »Carrie Buck's Daughter«, a.a.O., S. 310-313 beschrieben.

- 27 R. Evans, "The Concept of Feminism: Notes for the Practicing Historian" in: German Woman in the Eighteenth and Nineteenth Centuries, a.a.O., S. 255; zum Gegensatz zwischen individualistischem und "relationalem" Feminismus vgl. Karen Offen, "Liberty, Equality and Justice for Women: the Theory and Practice of Feminism in Nineteenth-Century Europe", in: Renate Bridenthal, Claudia Koonz und Susan Stuard (Hrsg.), Becoming Visible: Women in European, Boston 1987, S. 361-362.
- Zu den Zwängen, die der von Männern bestimmte Diskurs dem Sprechen von Frauen auferlegt, vgl. die Einleitung zu Claudia Honegger und Bettina Heinz (Hrsg.), Listen der Ohnmacht: Zur Sozialgeschichte weiblicher Widerstandsformen, Frankfurt am Main 1984, S. 7-68, und K. Offen, »Depopulation«, a.a.O., S. 676-677. Zur Bedeutung der Mütterlichkeitsideologie während jener Zeit vgl. auch Irene Stoehr, »Organisierte Mütterlichkeit: Zur Politik der deutschen Frauenbewegung um 1900« in: Karin Hausen (Hrsg.), Frauen suchen ihre Geschichte: Historische Studien zum 19. und 20. Jahrhundert, München 1983, S. 224-247. Henriette Fürth, Kulturideale und Frauentum, a.a.O., S. 20; Helene Stöcker, »Die Ziele der Mutterschutzbewegung«, in: Die Liebe und die Frauen, a.a.O., S. 181.
- 29 Margaret Sanger, An Autobiography, New York 1938 (1971), S. 108; zum Einfluß der Eugenikbewegung auf die amerikanische Bewegung für Geburtenkontrolle vgl. L. Gordon, Woman's Body, Woman's Right, a.a.O., S. 116-157.
- 30 Zur Absetzung Marie Stritts vgl. R. Evans, The Feminist Movement in Germany, a.a.O., S. 145-158; zur Popularität der Eugeniktheorie unter Feministinnen und Sexualreformern in der Weimarer Republik vgl. Atina Grossmann, »Abortion and Economic Crisis: The 1931 Campaign Against Paragraph 218«, in: When Biology Became Destiny, a.a.O., S. 66-86.
- 31 Zur Anwendung der Eugeniktheorie durch die Nationalsozialisten vgl. Gisela Bock, Zwangssterilisation im Nationalsozialismus: Studien zur Rassenpolitik, Wiesbaden 1986, und Jill Stepenson, Women in Nazi Society, New York 1975; zu einer Neueinschätzung der deutschen Interpretation der Evolutions- und Eugentiktheorie vgl. Kelly, Descent of Darwin, a.a.O., S. 120-122, und Sheila Faith Weiss, »Wilhelm Schallmeyer and the Logic of German Eugenics«, in: Isis, 77, März 1986, S. 33-45. Zur Verleihung des Goethepreises an Agnes Bluhm im Jahre 1940 vgl. Ilse Szagünn, »Agnes Bluhm Ärztin und Forscherin« in: Die Ärztin, 16, 1940, S. 4-6. Ich danke meinem Kollegen James C. Albisetti für diesen Hinweis und sein aufmerksames und geduldiges Lesen der verschiedenen Versionen dieses Artikels.